

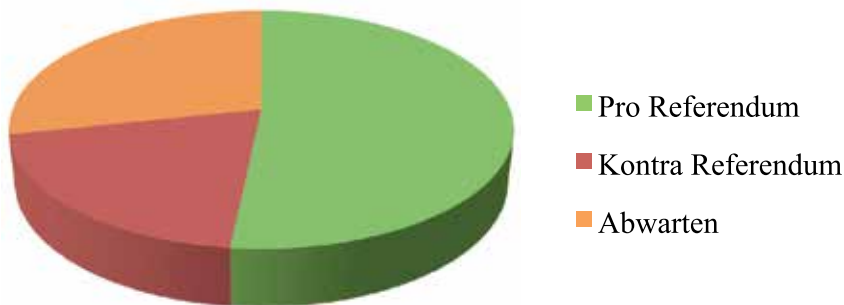
diagonal

100 Jahre
BSPV

www.bspv.ch

Editorial

Soll der BSPV das Referendum ergreifen?



Pensionskassengesetz: Die Meinungen der Mitglieder gehen auseinander.

Die Situation hat sich nochmals verschärft

Nach den Abstimmungen fehlt dem Kanton noch mehr Geld. Ob die durch die Sanierung der Pensionskassen entstehende Belastung fürs Personal durch Lohnmassnahmen kompensiert werden kann, ist nun fraglich.

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

Schon vor den kantonalen Abstimmungen vom 23. September enthielt das Budget für das kommende Jahr schmerzhaft Entlastungsmassnahmen. Rund sieben Millionen Franken sollen auf dem Buckel des Personals gespart werden.

Dabei ging die Regierung bei der Präsentation des Voranschlags und des Finanzplans noch davon aus, dass der Volksvorschlag zu den Motorfahrzeugsteuern abgelehnt wird. Doch das Berner Stimmvolk hat anders entschieden. Nun fehlen dem Kanton jährlich rund hundert Millionen Franken. Das Personal wird wiederum bluten müssen.

Dabei wären verlässliche Lohnmassnahmen dringend nötig, um die grosse Belastung durch die Sanierung der Pensionskassen abzufedern. Der BSPV hat immer wieder betont, dass er die Vorlage zum neuen Pensionskassengesetz im Rahmen der allgemeinen personalpolitischen Entwicklungen als Gesamtpaket beurteilen wird. Es kann nicht sein, dass das Personal massive Mehrbelastungen bei der Vorsorge hinnehmen muss, ohne dass diese zumindest teilweise durch geeignete Lohnmassnahmen kompensiert werden! Der BSPV wird gegebenenfalls Massnahmen ergreifen.

2 Aktuelles Thema

ZV: Nein zum Primatwechsel

Am 20. September traf sich der Zentralvorstand (ZV) des BSPV zur ausserordentlichen Sitzung und legte die Stossrichtung des Verbands zur Vernehmlassung zum Pensionskassengesetz fest.

5 Aktuelles Thema

Schmerzhaft Sparmassnahmen

Ende August präsentierte der Regierungsrat das Budget 2013 und den Finanzplan 2014–2016. Der Kanton muss sparen. Fast sieben Millionen Franken sollen auf dem Buckel des Personals eingespart werden.

Hinweis

Zweite ordentliche Zentralvorstandssitzung 2012

Der Zentralvorstand (ZV) des BSPV trifft sich am 19. Oktober zur zweiten ordentlichen Sitzung 2012.

Datum: Freitag, 19. Oktober 2012

Zeit: 09.00 Uhr bis ca. 16.00 Uhr

Ort: Wangen a.A., Schloss

(Carfahrt ab Bern, Schützenmatte ist organisiert)

Die ZV-Mitglieder erhalten demnächst die Einladung mit weiteren Informationen. Wer verhindert ist, meldet seine Stellvertretung bitte der Geschäftsstelle:

Tel. 031 311 11 66 oder

sekretariat@bspv.ch



Der Zentralvorstand legt die Stossrichtung fest.

Lehmann

Pensionskassengesetz

Zentralvorstand sagt einstimmig Nein zum Primatwechsel

Am 20. September traf sich der Zentralvorstand des BSPV zur ausserordentlichen Sitzung und legte die Stossrichtung des Verbands zum Pensionskassengesetz fest. Die Beschlüsse bilden die Basis für die Vernehmlassungsantwort des BSPV.

Die Diskussion an der Zentralvorstandssitzung zum Thema Pensionskassengesetz (PKG) war erwartungsgemäss lang und wurde teilweise auch kontrovers geführt. Gestützt auf die Beschlüsse einer speziellen Geschäftsleitungssitzung in erweiterter Runde vom 17. August, standen am 20. September nun folgende Punkte zur Debatte:

- Voll- oder Teilkapitalisierung
- Weiterführung Verdiensterhöhungsbeiträge (VEB)
- Erhöhung der Beiträge vs. Leistungsver schlechterungen
- Primatwechsel
- Referendum

Teilkapitalisierung bevorzugt

Wie die Geschäftsleitung sprach sich die grosse Mehrheit des Zentralvorstands für die Variante **Teilkapitalisierung mit Schuldanerkennung der Deckungslücke** aus. Diese Variante wurde von den Anwesenden mehrheitlich als die für das Personal und den Finanzhaushalt des Kantons erträglichere angesehen. Präsident Peter Bernasconi wies die Anwesenden darauf hin, dass es bei der Variante Teilkapitalisierung bestimmte Fristen zu beachten gilt: Bis Ende 2013 müssen beispielsweise Entscheid, Finanzierungsplan ebenso wie die Staatsgarantie vorliegen.

Auch beim Thema Verdiensterhöhungsbeiträge (VEB) folgte der Zentralvorstand dem Beschluss der Geschäftsleitung und beantragt die **Beibehaltung der VEB** bei generellen Lohnanstiegen (Teuerung, Reallohnerhöhung) sowie bei individuellen Lohnanstiegen (Gehaltsklassen und Gehaltsstufenanstieg) bis zu 1,5 Prozent.

Keine Leistungsver schlechterung!

Obwohl nicht direkt Element der Vernehmlassung, will der Verband die Gelegenheit wahrnehmen und sich zu den Folgen der Senkung des Technischen Zinssatzes äussern. Es gelte, «zwischen

Pest und Cholera» zu wählen, hielt Präsident Bernasconi an der Zentralvorstandssitzung fest. Erhöhung der Beiträge oder Verschlechterungen bei der Leistung? Der Zentralvorstand spricht sich mit grossem Mehr **für eine Beitragserhöhung und gegen eine Verschlechterung der Leistungen aus**. Beitragserhöhungen sind paritätisch finanziert. Das heisst, Arbeitgeber und Arbeitnehmer beteiligen sich beidermassen. Leistungsverschlechterungen gehen hingegen voll zulasten der Versicherten. Geschäftsführer Matthias Burkhalter hielt fest, dass es per 1. Januar 2013 voraussichtlich keine Beitragserhöhungen oder Leistungskürzungen geben wird.

Einstimmig gegen Primatwechsel

Einen Kernpunkt des neuen Pensionskassengesetzes bildet der geplante Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Die Zentralvorstandsmitglieder waren sich weitgehend einig, dass nicht das Beitragsprimat selbst das grösste Problem dar-

stellt, sondern der Wechsel zu diesem. Bei vergleichbaren Pensionskassen, die den Wechsel bereits vollzogen haben, habe man deutlich sehen können, dass dies zu Ungunsten des Personals geschehen sei, so mehrere Voten. Der Zentralvorstand folgte dann auch dem Beschluss der Geschäftsleitung und **lehnte den Primatwechsel einstimmig ab**.

Geschirr nicht vorzeitig zerschlagen

Zum Schluss stellte der Präsident die Frage, ob der Verband das Referendum gegen das neue Gesetz androhen soll und der Zentralvorstand entsprechende Mittel bereitstellen möchte. An der letzten ordentlichen Zentralvorstandssitzung wurde verlangt, dass darüber abzustimmen sei. Peter Bernasconi betonte, dass es seiner Meinung nach noch zu früh sei, um über ein Referendum zu sprechen. Der richtige Zeitpunkt dafür sei zwischen der ersten und zweiten Lesung. Er wies auch auf die Gefahren hin, die eine verfrühte Referendumsandrohung im politischen Pro-

Pensionskassengesetz: Termine

7. Oktober 2012:

Schluss Vernehmlassung

Juni 2013:

1. Lesung

September 2013:

2. Lesung

März 2014:

Ablauf Referendumsfrist

September 2014:

Volksabstimmung?

1. Januar 2015:

Inkrafttreten

zess mit sich bringe. Die Mitglieder des Zentralvorstands sprachen sich in der Folge **gegen ein Referendum zum jetzigen Zeitpunkt aus**. Der Zentralvorstand wird nach der ersten Lesung nochmals darüber befinden und über allfällige Massnahmen entscheiden.

BSPV-Mitglieder sind gespalten

Welche Position soll der BSPV in der Pensionskassenfrage einnehmen? Das Ergebnis der verbandsinternen Meinungsumfrage: Die Mitglieder sind gespalten.

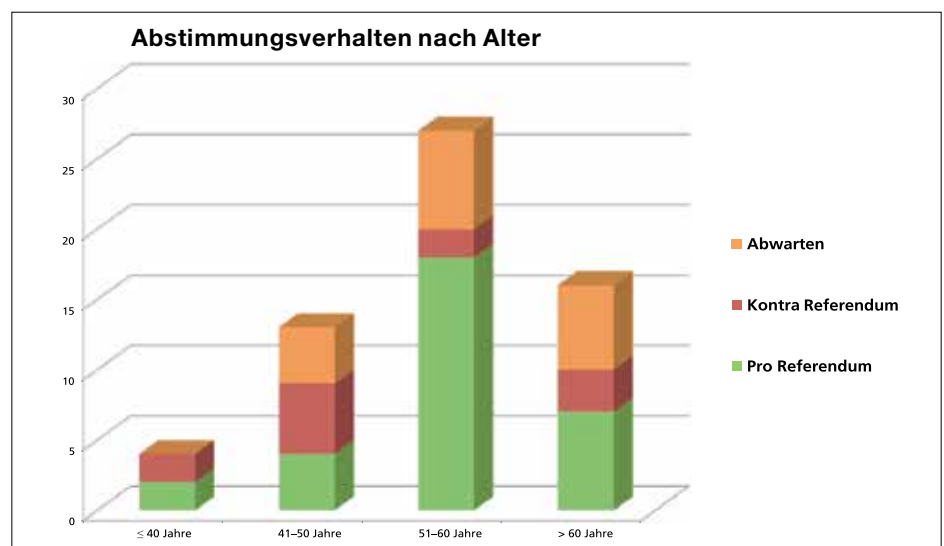
Wie stehen die BSPV-Mitglieder zum neuen Pensionskassengesetz (PKG)? Soll der Verband im Hinblick auf den vorgesehenen Primatwechsel das Referendum vorbereiten? Nach einer ersten kontroversen Diskussion im Zentralvorstand am 3. Mai lanciert die Geschäftsstelle via Newsletter und «diagonal» eine grosse Meinungsumfrage bei der Mitgliederbasis.

Eine Frage des Alters

Über sechzig Mitglieder haben Stellung genommen. Gut die Hälfte fordert, dass der Verband das Referendum gegen den geplanten Primatwechsel ergreift. Etwas weniger als ein Viertel spricht sich klar gegen ein Referendum aus, der Rest möchte noch zuwarten. An der Umfrage teilgenommen haben vorwiegend die älteren Mitglieder, insbesondere die 51- bis 60-Jährigen. Diese sprechen sich – im

Gegensatz zu den jüngeren Mitgliedern – deutlich gegen einen Primatwechsel und für ein Referendum aus. Was die Verteilung auf die Sektionen betrifft, so ist in den meisten Fällen keine eindeutige Ten-

denz ersichtlich. Einzig beim Polizeiverband befürwortet eine deutliche Mehrheit ein Referendum, während die Mitglieder des Pfarrvereins noch abwarten möchten.



Unabhängige Finanz- und Vorsorgeberatung mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden!

Oliver Grob

Kaufmann HKG,
Eidg. dipl. Finanzplanungsexperte



Markus Glauser

Eidg. dipl. Versicherungsexperte,
Eidg. dipl. Betriebsökonom HWV



Roland Kuonen

Eidg. dipl. Bankexperte,
Finanzplaner mit eidg. Fachausweis



Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung,
Vermögensplanung, Zweitmeinung zu Bank- und
Versicherungsofferten

**Alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand
> Sie sparen sich viel Zeit und Ärger.**

Referenzen und weitere Informationen finden Sie hier:

www.glauserpartner.ch



Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern, T 031 301 45 45

Kehrl+Oeler
CH-3001 Bern
Telefon 031 388 81 11
www.kehrluoeler.ch

Privat- und Geschäftsumzüge
Lagerlogistik

Regional • National • International

...mich flexibel weiterbilden!

Handelsschule
berufsbegleitend

**Eidgenössische
Fachausweise**
Technische Kaufleute
Führungsfachleute
Organisator/in
Marketing

www.teko.ch

FRIWASH

Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch

**Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero**
am Breitenrainplatz
3014 Bern

Saisongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere
Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22:45 Uhr
Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77

www.grotto-ticino.ch

- Neubau
- Umbau
- Service

**Heizung Lüftung
Sanitär Elektro**

Badertscher + Co AG

Zentweg 13, 3006 Bern
Tel. 0319 381 381
Fax 0319 381 391
www.baco.ch

cb

Bucher Baugeschäft AG

Ihr Partner für Reparaturen
Um- und Neubauten
Kernbohrungen und Betonfräsen
Sägemattstrasse 2 | 3097 Liebfeld
Telefon 031 971 29 95 | www.bucherbau.ch

**NEU: Keramische Wand-
und Bodenbeläge**
www.bucherbau.ch/plattenarbeiten

Muesmatt AG
Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch

diagonal **BSPV ALPEN** inserate@staempfli.com

Heft Inserateschluss erscheint am:

6 16.11. 14.12.

Budget 2013: Die Lage hat sich nochmals verschärft

Das Budget 2013 enthält schmerzhafteste Entlastungsmassnahmen. Alleine beim Kantonspersonal und bei den Lehrkräften sollen fast siebzig Millionen Franken eingespart werden. Der Ausgang der kantonalen Abstimmungen vom 23. September verschärft die Lage zusätzlich.



Nun muss Finanzdirektorin Simon den Rotstift ansetzen.

Andreas Blatter

Der von Finanzdirektorin Beatrice Simon am 23. August präsentierte ausgeglichene Voranschlag 2013 sowie der Finanzplan 2014–2016 enthielten nebst einschneidenden Sparmassnahmen auch äusserst optimistische Planungsannahmen im Bereich der Steuererträge. Weichenstellend waren dabei die beiden steuerrelevanten kantonalen Abstimmungen vom 23. September. Die Annahmen der Regierung waren zu optimistisch, wie sich am Wahlsonntag dann herausstellte.

100 Millionen fehlen nun zusätzlich

Ein Ja zur Initiative «Faire Steuern – Für Familien» hätte dem Kanton Mehreinnahmen von jährlich achtzig Millionen Franken eingebracht. Mit der Annahme des Gegenvorschlags sinken die Steuereinnahmen des Kantons nun voraussichtlich um dreizehn und die der Gemeinden um rund sieben Millionen Franken. Bei den Motorfahrzeugsteuern führt das Ja zum Volksvorschlag für den Kanton zu Mindereinnahmen von gut ein-

hundert Millionen Franken. Das Berner Stimmvolk hat entschieden. Der Kanton hat nun jährlich über hundert Millionen Franken weniger in der Kasse – und das in einer Zeit äusserster finanzieller Anspannung.

Personal kommt unter Druck

Klar ist schon jetzt: Das Personal muss sich erneut stark an der Sanierung des Kantons Haushalts beteiligen. Bereits Anfang Juli sah der Regierungsrat bei Bekanntgabe der «Trendmeldung zur Rechnung 2012» eine Kürzung des Lohnsummenwachstums von 1,5 auf 0,6 Prozent vor. Nun werden die geplanten – und längst fälligen – Lohnmassnahmen sogar auf 0,5 Prozent heruntergekürzt. 67 Millionen Franken sollen so auf dem Buckel des Kantonspersonals und der Lehrkräfte eingespart werden. Doch damit nicht genug: Unmittelbar nach den Abstimmungen wurde von bürgerlicher Seite gefordert, dass in der Verwaltung 500 bis 1000 Stellen abgebaut werden sollen.

Kanton noch weniger attraktiv

Das ist für den BSPV nicht akzeptabel! Der Lohnrückstand beträgt mittlerweile fast zwanzig Prozent und die Nettofluktuationsrate des Personals ist auf über fünf Prozent gestiegen. Und nun soll für die vom Volk beschlossenen Steuerausfälle wiederum das Kantonspersonal bluten.

Hinzu kommt die Belastung durch die Sanierungsmassnahmen bei den Pensionskassen. Diese können nun nicht durch entsprechende Lohnmassnahmen – zumindest teilweise – kompensiert werden. Der Kanton Bern büsst als Arbeitgeber einmal mehr stark an Attraktivität ein.

Zollikofen: Wahl Gemeindepräsidium

BSPV-Mitglied Daniel Bichsel kandidiert bei den Wahlen vom 25. November 2012 für das Gemeindepräsidium von Zollikofen.

Der 43-jährige SVP-Politiker arbeitet seit 1989 als Verwaltungsmitarbeiter bei der Gemeinde Zollikofen, seit 1995 als Finanzverwalter. Ebenfalls seit 1989 ist Daniel Bichsel Mitglied des BSPV, Sektion Gemeindepersonal Zollikofen.

Daniel Bichsel verspricht: «Als Gemeindepräsident würde für mich die konstruktive Sachpolitik und nicht die Parteipolitik im Vordergrund stehen.»



Daniel Bichsel.

■ Pensionierung richtig planen

gutgeplant.ch
Pensions-, Finanz- & Steuerplanung

Sie wünschen sich:

Eine erstklassige, unabhängige Pensionsplanung **ohne Produktverkauf**, welche ausschliesslich auf Ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ziele ausgerichtet ist? Dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse.

Bestellen Sie kostenlos unsere Broschüre mit vielen nützlichen Tipps.

Bernhard Fankhauser

dipl. Vorsorge- und Vermögensberater SPPV eidg. dipl. EHL



Guido Fuchs

Finanzplaner mit eidg. FA



Fankhauser, Fuchs & Partner

Pensionsplanung | Finanzplanung | Steuerplanung

Seftigenstrasse 25, 3007 Bern, Telefon: 031 371 90 90, Fax: 031 371 90 92

E-Mail: info@gutgeplant.ch | Web: www.gutgeplant.ch

Sparen Sie bei Ihrer Hypothek, nicht bei der Einrichtung.



Finanzieren Sie Ihr Eigenheim mit einer BPK Hypothek zu attraktiven Konditionen.

Aktuelle Zinssätze und Bedingungen für **variable** oder **Festhypotheken** im Internet unter www.bpk.ch oder Telefon 031 633 50 56.



BERNISCHE PENSIONSKASSE
CAISSE DE PENSION BERNOISE

Bernische Pensionskasse
Schläflistrasse 17
3000 Bern 25
Telefon 031 633 44 27
Telefax 031 332 46 86
www.bpk.ch



Umzüge
Privat und Geschäft

**peyer
bern**

T: 031 996 63 63

www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen

WL

**WALTER
LUSTENBERGER AG**

Weissensteinstrasse 4
CH-3000 Bern 5

Tel: +41 (0)31 385 28 30

Fax: +41 (0)31 385 28 29

E-Mail: info@wlag.ch

Web: www.wlag.ch

DIE PROFIS FÜR BODENBELÄGE,
TEPPICH, LINOLEUM, KUNSTSTOFF, KORK, LAMINAT UND KAUSCHUK



Wir storen Sie!
Zum Beispiel mit: Lamellenstoren

Schmid-Storen AG
Industriestrasse 65 CH-3052 Zollikofen
Telefon 031 911 00 12 Fax 031 911 63 52
info@schmidstoren.ch www.schmidstoren.ch

Beratung • Verkauf
• Montage • Service • Reparaturen
von Sonnen- und Wetzschutzprodukten

diagonal

**BSPV
APEB**
www.bspv.ch

...gehört in Ihren

Werbeplan 2013

Die Mediadaten 2013 sind jetzt erhältlich bei
inserate@staempfli.com



«Bildungsfragen sind für mich eine Herzensangelegenheit»

Sie ist Schulinspektorin beim Kanton Bern, Mutter eines 7-jährigen Sohnes, Berner Stadträtin und BSPV-Mitglied. Nun kandidiert die gebürtige Bolivianerin Tania Espinoza Haller am 25. November für den Berner Gemeinderat.

Was sind Ihre wichtigsten beruflichen Anliegen als Schulinspektorin?

Tania Espinoza: Die Schulen und 32 Gemeinden in meinem Zuständigkeitsgebiet zu unterstützen, präsent zu sein, eine offene, pragmatische Zusammenarbeit zu pflegen – das sind meine wichtigsten Anliegen als Schulinspektorin.

Wie erleben Sie den Kanton Bern als Arbeitgeber?

Erziehungsdirektor Pulver setzt sich spürbar für das Personal ein. Dies zeigt sich aktuell mit der laufenden Revision des Lehreranstellungsgesetzes. Auch wenn wir uns dabei in einem engen finanziellen Rahmen bewegen müssen: Die Absicht wird als Wertschätzung verstanden und geschätzt.

Bereitet Ihnen die schlechte finanzpolitische Lage des Kantons Sorgen?

Ja, und als Schulinspektorin bekomme ich mit, wie auch die Lehrkräfte und Gemeindepolitiker Angst vor den Auswirkungen auf die Gemeinden haben.

«Gute Sachpolitik heisst auch, Lösungen über Parteigrenzen hinweg zu finden.»

Seit 2009 sitzen Sie im Berner Stadtrat. Waren Sie schon immer politisch interessiert?

Wir sind damals aus politischen Gründen aus Bolivien geflohen. In der Schweiz wollte ich zu Beginn erst mal nicht aktiv etwas mit Politik zu tun haben. Als dann mein Sohn geboren wurde, war für mich klar, dass ich mich engagieren muss und möchte. Wir haben eine Verantwortung gegenüber der nächsten Generation.

Sie kandidieren im November für den Berner Gemeinderat. Wofür würden Sie sich als Gemeinderätin einsetzen?

Bildungsfragen sind für mich eine Herzensangelegenheit! Daneben sind mir ökologische und soziale Aspekte wichtig. Ich pflege dabei eine undogmatische, liberale Haltung. Gute Sachpolitik heisst auch, gemeinsame Lösungen über Parteigrenzen hinweg zu finden.

Wo könnte der Kanton Ihrer Meinung nach denn sparen?

Auf jeden Fall nicht bei der Bildung. Denn die jungen Leute, die wir heute ausbilden, werden dereinst für unsere Gesellschaft verantwortlich sein. Stattdessen könnte man den Strassenunterhalt etwas zurückfahren. Ich nehme gerne ein paar Schlaglöcher mehr in Kauf, wenn mein Kind dafür eine gute Schulbildung erhält.

Weshalb sind Sie Mitglied des BSPV geworden?

Es ist wichtig, dass sich jemand für die Anliegen des Personals stark macht. Das gibt Sicherheit. Ich finde es gut, dass der BSPV politisch neutral ist. Denn alle Kantonsangestellten haben unabhängig von ihrer politischen Einstellung ein gemeinsames Interesse: gute Anstellungsbedingungen.

Was erwarten Sie vom Verband, wofür soll er sich in erster Linie einsetzen?

Der BSPV soll sich insbesondere für die jüngere Generation einsetzen, gerade was die Altersvorsorge betrifft. Wichtig ist auch, dass wir Kantonsangestellte Wertschätzung für unsere Arbeit erhalten. Da gehört eben auch der Lohn dazu.

Das ausführliche Interview lesen Sie unter: www.bspv.ch > Aktuell > News

Tania Espinoza Haller

Seit 2010 ist Tania Espinoza Haller Schulinspektorin des Kantons Bern. 2011 trat sie dem BSPV bei. Die 41-Jährige sitzt seit 2009 für die Grüne Freie Liste (GFL) im Berner Stadtrat. Tania Espinoza Haller kandidiert am 25. November für den Gemeinderat Bern.

Wichtiges Netzwerk in der beruflichen Vorsorge

Ende 2007 haben die sieben grössten Verbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes das Gewerkschaftliche Netzwerk 2. Säule lanciert. Zu den dreizehn Mitgliederverbänden gehört auch der BSPV.



Der BSPV: stark durch sein gutes Netzwerk.

RE/MAX

Das Gewerkschaftliche Netzwerk 2. Säule (PK-Netz) hat in erster Linie zum Ziel, die Arbeitnehmerdelegierten in den Organen der Pensionskassen zu vernetzen – mittels Bildungsveranstaltungen, Diskussionsabenden, einem regelmässig erscheinenden Newsletter, einer Internetplattform sowie mit gantzägigen Thementagungen.

Beruflichen Vorsorge im Fokus

Dabei hat sich das PK-Netz allen Facetten der beruflichen Vorsorge gewidmet: der Parität genauso wie der Geldanlagepolitik, dem Mindestzins, dem Umwandlungssatz und dem Primatwechsel sowie den verschiedenen Anlagevehikeln wie Hedge-

Funds oder Private Equity. Schwerpunktmässig kümmert sich das PK-Netz um Ausbildungsangebote für Pensionskassen-Stiftungsräte. Längerfristig wird angestrebt, dass das Netzwerk zum wesentlichen Bildungsinstitut für die Vertreterinnen und Vertreter der Versicherten in der beruflichen Vorsorge wird.

Das PK-Netz wird derzeit von dreizehn Schweizer Arbeitnehmerverbänden getragen. Der BSPV gehört ebenfalls zu den Mitgliederverbänden. Insgesamt repräsentieren diese mehr als eine halbe Million Mitglieder und machen das PK-Netz damit zu dem Netzwerk der Arbeitnehmerschaft in der beruflichen Vorsorge. Gleichzeitig ist das PK-Netz ein weiteres Beispiel

Wieder in der Bildung engagiert

Seit Mai dieses Jahres ist der BSPV wieder Mitglied des Trägervereins des Bildungszentrums für Wirtschaft und Dienstleistungen Bern Wankdorf (bwd). Der BSPV engagiert sich seit seiner Gründung – lange bevor der Staat diese Aufgabe übernommen hat – für die Aus- und Weiterbildung der Verwaltungsangestellten des Kantons Bern.

www.bwdbern.ch

erfolgreicher gewerkschafts- und verbandsübergreifender Zusammenarbeit.

Tagung Ende Oktober

Am 30. Oktober findet im Restaurant Schmiedstube in Bern eine Tagung des PK-Netz zum Thema «Der Mindestumwandlungssatz zwischen Theorie und Praxis statt». Für die Referate und die Podiumsdiskussion konnten wichtige Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite sowie des Bundesamtes für Sozialversicherungen und der Pensionskassen gewonnen werden. BSPV-Mitglieder bezahlen eine reduzierte Tagungsgebühr.

Weitere Informationen: www.pk-netz.ch



Präsenz am Mitarbeiterfest der Fachhochschule

Am 21. September haben rund 500 Mitarbeitende der Berner Fachhochschule gemeinsam auf das 15-jährige Jubiläum der Hochschule angestossen. Der BSPV war mit einem Infostand vertreten.



BSPV-Infostand am BFH-Fest.

Thomas Hiller

Der BSPV nutzte die Gelegenheit, sich am 21. September auf dem Gurten am grossen Mitarbeitendenfest der Berner Fachhochschule (BFH) den fast fünfhundert Anwesenden zu präsentieren. Der Verband sponserte das Dessert und war mit einem Informationsstand präsent.

Zahlreiche Interessentinnen und Interessenten besuchten den Stand, informierten sich über den BSPV, sammelten Unterlagen und nahmen am Wettbewerb teil. Sogar die eine oder andere Beitrittserklärung wurde noch vor Ort ausgefüllt.

Zwei starke Sektionen

Viele BFH-Mitarbeitende und -Dozierende sind bereits im BSPV vertreten: Die Sektion «Dozierende Berner Fachhochschule» ist rund 180 Mitglieder stark. Sektionspräsident ist Samuel Kohler, Dozent an der zur BFH gehörenden Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften in Zollikofen.

Die Sektion «Handwerklich-technisches Personal» (HTP) vertritt die übrigen Mitarbeitenden – das handwerkliche, tech-

nische sowie das Verwaltungspersonal – nicht nur der BFH, sondern die der drei Berner Hochschulen sowie des Inselfestivals. Die Sektion zählt rund 160 Mitglieder und wird von Maya Burri, Leiterin Fachbereichssekretariat am Departement Technik und Informatik in Burgdorf, präsidiert.

Lange gemeinsame Tradition

Die BFH und der BSPV haben eine lange gemeinsame Tradition. Bereits 1929 traten die Technikumslehrer von Biel und kurz darauf jene von Burgdorf dem Verband bei. Die Dozierenden der Universität schlossen sich indes erst fast zwanzig Jahre später dem Verband an. 2012 haben sich nun auch die Dozierenden der Pädagogischen Hochschule als Sektion formiert.

Nebst den Dozierenden und der HTP sind diverse Kadermitarbeitende der BFH in der Sektion «Höhere Angestellte des Kantons Bern» vertreten. Ihr prominentestes Mitglied ist BFH-Rektor Rudolf Gerber. Er hält dem BSPV seit über 25 Jahren die Treue.

Neue Kommunikationsverantwortliche

Per 1. Oktober übernimmt Daniela Zryd die Stelle der Kommunikationsverantwortlichen des BSPV. Sie tritt damit die Nachfolge von Anna C. Lehmann Löffel an, die Mitte Oktober ihren Mutterschaftsurlaub antreten wird. Daniela Zryd hat in Fribourg und Bern Medien- und Kommunikationswissenschaft sowie Journalistik und Sportwissenschaften studiert. In Adelboden aufgewachsen, wohnt die 35-Jährige heute wochentags in Bern. Wir wünschen Daniela Zryd einen guten Start beim BSPV!

www.bspv.ch > Über uns > Geschäftsstelle > Team

Mitglieder werben neue Mitglieder

Eine persönliche Empfehlung ist mehr wert als hundert Inserate! Der BSPV lebt von seinen aktiven Mitgliedern, die neue Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen zum Verbandsbeitritt bewegen. Es lohnt sich doppelt, als Werberin oder Werber aktiv zu sein: Erstens gewinnt der Verband mit jedem zusätzlichen Mitglied an Stärke. Und zweitens erhalten die Werberinnen und Werber für jedes geworbene Mitglied eine Prämie von 30 Franken. Die Neumitglieder müssen dazu auf dem Beitrittsformular nur vermerken, von wem sie angeworben wurden.

www.bspv.ch > Mitglieder > Dem BSPV beitreten

Dank an Helferinnen und Helfer

Die Geschäftsstelle des BSPV bedankt sich herzlich bei seinen Mitgliedern Robert Ruprecht, Maya Burri, Samuel Kohler und Giorgio Insom für ihren Einsatz bei der Standbetreuung am Mitarbeitendenfest der Berner Fachhochschule.

Rentnervereinigung: Holz und Käse in Luthern

Für die pensionierten Mitglieder des BSPV organisierte die Rentnervereinigung am 3. Juli einen Ausflug ins Napfland nach Luthern/LU.



BSPV-Rentner bei der Käsedegustation.

Ueli Zimmermann

Roland Schafer

Rentner: Herbstausflug 2012

Über vierzig pensionierte BSPV-Mitglieder nahmen am diesjährigen Herbstausflug der Rentnervereinigung teil.



Die Reisegesellschaft in Sankt Blasien.

Pia Manhart

Am 19. September bestiegen 43 Rentnerinnen und Rentner des BSPV in Bern den komfortablen Reisebus mit Ziel Schwarzwald (D). Richtung Seeland und durch den solothurnischen Bucheggberg ging es Richtung Wangen an der Aare und weiter auf der Autobahn über Mellingen – Brugg nach Untersiggenthal zum Kaffeehalt.

Gestärkt ging es weiter bei Koblenz über die Schweizergrenze und durch das romantische Tal der Schlucht zum Schwarz-

waldgasthof «Tannenmühle» bei Grafenhausen. Nach dem Mittagessen galt es, die schöne Umgebung mit Fischzuchten, Tiergehegen und Volieren zu besichtigen.

Am Nachmittag genossen die gut gelaunten BSPV-Pensionäre bei Sonnenschein eine interessante Schwarzwaldrundfahrt über Feldberg – Todtnau – Todtmoos nach Sankt Blasien.

Nach einem gemütlichen Verweilen im bekannten Schwarzwald-Städtchen bei

Mit dem Reisebus ging es erst durchs Emmental und weiter ins Luzerner Hinterland. Auf dem Bauernhof der Familie Theres und Leo Hodel im Lutherntal wurde das Mittagessen serviert. Anschliessend ging die Fahrt weiter nach Luthern.

Auf dem Programm stand als erstes der Besuch des Sägewerks Christen AG. Dieses betreibt eine grosse Fernheizentrale, die praktisch das ganze Dorf mit Fernwärme versorgt und so mit Abfallholz pro Jahr rund 1720 Tonnen CO₂ einspart.

Danach ging es für die Teilnehmenden weiter in die Napfchäsi Luthern, wo sie einen Einblick in die Produktion der Käse- und Milchspezialitäten erhielten und an einer Käse- und Joghurtdegustation teilnehmen konnten. Zum Abschied erhielten alle Teilnehmenden von der Napfchäsi einen Sack, gefüllt mit verschiedenen einheimischen Produkten.

Veranstaltungen dem BSPV melden

Die Sektionen sind gebeten, ihre Veranstaltungen der Geschäftsstelle zu melden (Tel. 031 311 11 66 oder sekretariat@bspv.ch). Sämtliche Anlässe werden auf der BSPV-Website publiziert: www.bspv.ch > Aktuell > Veranstaltungen.

Veranstaltungsberichte der Sektionen sind ebenfalls willkommen und werden, wenn möglich, im «diagonal» publiziert. Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe ist der 12. November 2012.

Kaffee und Kuchen und einer Dombesichtigung ging es Richtung Waldshut wieder dem Heimatland entgegen. Mit einem kurzen Abstecher durch eine für die meisten Reisenden unbekanntes Gegend des Baselbietes über Magden – Maisprach – Ormaligen endete der diesjährige Herbstausflug wieder in Bern.

Peter Schneider

«Der Integration im Kanton Bern ein Gesicht geben»

Roland Beeri, der erste Integrationsdelegierte des Kantons Bern, tritt Ende dieses Jahres in den Ruhestand.



Roland Beeri: der erste Integrationsdelegierte des Kantons Bern.

Lehmann

Gestützt auf mehrere grossräthliche Vorstösse hat der Regierungsrat des Kantons Bern im Sozialamt der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) 2004 eine Fachstelle Integration eingerichtet. Leiter dieser neuen Fachstelle wurde Roland Beeri, der damalige Vorsteher der Abteilung Asyl- und Flüchtlingsfürsorge.

Erstmals kantonale Ansprechstelle

Mit der neuen Fachstelle konnte der Kanton Bern erstmals eigene Integrations- und Beschäftigungsprogramme lancieren. Auch gab es in Bern neu eine kantonale Ansprechstelle für Integrationsfragen. Diese koordinierte Integrationsprojekte und -fragen zwischen Bund und Kanton, zwischen Kanton und Gemeinden – beispielsweise mittels Integrationskonferenzen – sowie schweizweit zwischen den verschiedenen Kantonen.

«Ich habe immer versucht, der Integration im Kanton Bern ein Gesicht zu geben», erklärt der ehemalige Sozialarbeiter Beeri. Für den heute 64-Jährigen bedeutete seine neue Funktion als Integrationsdelegierter damals eine grosse Umstellung: «Als Vorsteher der Abteilung Asyl- und Flüchtlingsfürsorge führte ich rund zwanzig Mitarbeitende. Als Integrationsdelegierter stand ich dann plötzlich alleine

da.» Gerettet hätte ihn sein gutes Netzwerk, erzählt Beeri.

Meilensteine in der Karriere

Die neue Fachstelle war vorerst auf zwei Jahre befristet. Roland Beeri bezeichnet es denn auch als «einen Meilenstein» in seiner Karriere als die Fachstelle nach erfolgreicher Evaluation ihre unbefristete Tätigkeit aufnehmen durfte. Ein weiterer wichtiger Schritt war die Einführung des kantonalen Leitbilds Integration im Jahr 2007. «Und natürlich die Ausarbeitung des kantonalen Integrationsgesetzes», ergänzt Beeri.

Ende des Jahres geht Roland Beeri in Pension. Sein Engagement für die Integration bleibt aber ungebrochen. So bleibt er im Vorstand des Berner Restaurants La Cultina, das aus einem Beschäftigungsprogramm entstanden ist, sowie Präsident des Verbands Profora BEJUNE, der sich für die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Integration einsetzt.

Der BSPV wünscht Roland Beeri alles Gute für die Zukunft.

**Gesundheits- und Fürsorgedirektion
des Kantons Bern
Fachstelle Integration
info.integration.soa@gef.be.ch**

Kolumne

Kürzung laufender Renten? Entwarnung!

Beunruhigt durch Medienberichte fragten Rentenbeziehende der BPK an, ob Gefahr bestehe, dass ihre Renten aus Sanierungsgründen gekürzt würden. Entwarnung! Laufende Renten sind durch Bundesgesetz seit 2003 grundsätzlich vor Kürzungen geschützt.

Deshalb ist eine solide Finanzierung der Rentenverpflichtungen so wichtig. Die künftige Altersrente einer versicherten Person ist finanziert durch die am Tage der Pensionierung vorhandene persönliche Austrittsleistung. Bei der Festlegung der Rentenhöhe wird berücksichtigt, dass auf der vorhandenen Kapitalsumme weiterhin Zinserträge erwirtschaftet werden können. Der Technische Zinssatz widerspiegelt die erwartete Anlagerendite.

Je höher die Renditeannahme, desto höher die Rente. Eine hohe Renditeannahme ist somit vorteilhaft für die Rentenberechtigten, aber schlecht für die Kasse, falls die effektive Rendite unter der Annahme bleibt. Denn solche Deckungslücken müssen saniert werden. Aktive Versicherte und Arbeitgeber müssen dafür aufkommen. Sanierungsbedarf als Folge zu hoher Rentenversprechen schürt die Diskussion, das Tabu der Rentenkürzung aufzubrechen.

Von Hansjürg Schwander
Direktor der der BPK



Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Können Ferien verordnet werden?

Als Folge der Entlastungsmassnahmen zum Budgetvollzug 2012 wurde teilweise angeordnet, dass keine Ferienguthaben übertragen werden können. Ob das rechtlich durchsetzbar ist, muss im Einzelfall abgeklärt werden. Aus der Sicht des BSPV geht es nicht, erst im letzten Quartal Schnellschüsse zu veranlassen. Eine vernünftige Ferienplanung ist zu Beginn des Jahres zu erstellen.

Das Phantom «Weihnachtessen»

Eine Berner Tageszeitung hat kürzlich verkündet, dass alle vom Kanton bezahlten Weihnachtessen für das Personal gestrichen werden. Diese Meldung hat bei BSPV-Mitgliedern für Unverständnis gesorgt. Denn die meisten Kantonsangestellten sind entweder noch gar nie oder schon seit Jahren nicht mehr in den Genuss eines solchen Geschenkes gekommen. Gestrichen wurde also etwas, das es weitgehend nicht (mehr) gab.



Ferien: Keine Schnellschüsse mehr.

Bern: Frauenquote von 35 Prozent

Künftig müssen in der bernischen Stadtverwaltung 35 Prozent der Kaderstellen durch Frauen besetzt sein. Der Stadtrat hat das Anliegen der interfraktionellen Frauengruppe im Stadtparlament mit deutlichen 37 zu 18 Stimmen unterstützt. Nun liegt es am Gemeinderat, diese verbindliche Vorgabe umzusetzen. Heute beträgt der Anteil Kaderfrauen in der städtischen Verwaltung knapp 26 Prozent.

Genf: Staatspersonal demonstriert

Im Vorfeld zur Debatte im Kantonsparlament haben Mitte September in Genf rund 1500 Staatsangestellte unter dem Motto «Nein zum Raub unserer Renten» gegen die geplante Sanierung und Fusion der öffentlichen Pensionskassen demonstriert. Gleichentags riefen die Gewerkschaften des öffentlichen Personals zu einem halbtägigen Streik auf. Die Gewerkschaften schliessen zudem die Ergreifung des Referendums nicht aus.



Stadt Bern führt Frauenquote ein.

Thorberg: Doch keine Lohnkürzung

Völlig überraschend wurde den Mitarbeitenden der Strafanstalt Thorberg mitgeteilt, dass die Nachtzeitgutschrift gestrichen werden soll. Für Einige hätte dies zu einer Lohnkürzung von bis zu zehn Prozent geführt. Nach Intervention der Betroffenen und des BSPV wird die Massnahme aufgeschoben und eine fundierte Neulösung erarbeitet. Der BSPV erwartet, dass tragbare Lösungen gefunden werden.

St. Gallen: Pensionskassen fusionieren

Das Personal der St. Galler Staatsverwaltung und die Lehrkräfte sollen ab 2014 die gleiche selbstständige Pensionskasse haben. Der Regierungsrat hat eine entsprechende Gesetzesvorlage zur Zusammenlegung, Verselbständigung und Ausfinanzierung verabschiedet. Das st. gallische Kantonsparlament wird sich voraussichtlich in der Novembersession mit dem Geschäft befassen. Die Volksabstimmung folgt dann im Juni 2013.



Thorberg: Keine Lohnkürzung.

Impressum

diagonal

**BSPV
APEB**

Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Anna C. Lehmann Löffel
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch

T. Wenger, Ch. Theumann-Monnier

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

Pour un automne plus coloré: le paradis des jeux Re-Ra-Rätikon!



Vacances pour familles:
www.reka.ch

Pfiifer la marmotte, Granita le chamois et Malva le papillon vous accompagnent par monts et par vaux dans le paysage authentique et puissant de la région de Pany, Luzein et St. Antönien pour vous faire découvrir sur le mode ludique l'univers de la montagne.



Réservation et
catalogue:

Reka, 3001 Berne
Tél. 031 329 66 99
www.reka.ch



Encore plus avantageux
avec l'argent Reka de votre
entreprise.



Grisons

Village de
vacances Reka

Village de vacances Reka Pany

Exemple de prix: appartement de
2½ pièces avec 5 lits, offre valable
du 29.09 au 20.10.2012

dès **CHF 882.-***

*Prix par semaine, sans les frais de dossier ni les frais accessoires individuels, selon catalogue/Internet 2012.

reka 



Le Comité central fixe les orientations.

Lehmann

Loi cantonale sur les caisses de pension

Comité central: NON au changement de système de primauté

Le 20 septembre, le Comité central de l'APEB s'est réuni en séance extraordinaire et a défini la position de l'association par rapport à la Loi sur les caisses de pension.

La discussion menée lors de la séance du Comité central sur le thème de la Loi sur les caisses de pension a débouché sur une polémique. Compte tenu des décisions prises lors d'une séance de la direction dans un cadre élargi, les questions à débattre le 20 septembre étaient les suivantes :

- capitalisation totale ou partielle
- maintien des contributions pour augmentation du gain assuré
- augmentation des contributions ou réduction des prestations
- changement du système de primauté
- référendum

Capitalisation partielle

La grande majorité des membres du Comité central s'est prononcée en faveur de la variante capitalisation partielle moyen-

nant une reconnaissance de dette en raison de la couverture insuffisante. Cette variante a été jugée plus supportable par la majorité des membres présents tant pour le personnel ainsi que pour les finances cantonales.

Peter Bernasconi, président, a rappelé aux membres présents que, pour cette variante, il s'agissait de fixer certaines échéances. D'ici la fin de 2013, il faudra que soient présentés, par exemple, une décision, un plan de financement ainsi qu'une garantie du canton.

En ce qui concerne les contributions en cas d'augmentation du gain assuré, le Comité central a proposé le maintien des contributions pour les hausses de salaire générales et pour les augmentations individuelles allant jusqu'à 1,5 pour cent.

Pas de réduction des prestations !

Bien que ce point ne fasse pas partie directement de la consultation, l'association veut saisir cette opportunité et se prononcer sur les implications de l'abaissement du taux technique. Il convient de choisir « entre la peste et le choléra », a relevé le président Bernasconi lors de la séance du Comité central. L'augmentation des contributions ou la diminution des prestations ? Le Comité central s'est prononcé, à une large majorité, en faveur d'un relèvement des contributions et contre une diminution des prestations. Les augmentations de la contribution sont financées de manière paritaire. En d'autres termes, employeur et employé y participent à parts égales. En revanche, la diminution des prestations est totalement à la charge des assurés.

Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB, a laissé entendre qu'il n'y aura vraisemblablement, à partir du 1^{er} janvier 2013, ni augmentation des contributions ni diminution des prestations.

Pas de changement de système

Le passage du système basé sur la primauté des prestations au système axé sur la primauté des contributions constitue l'un des points essentiels de la nouvelle loi sur les caisses de pension.

Les membres du Comité central ont été largement unanimes à reconnaître que le problème ne résidait pas dans le système de primauté des contributions en soi mais dans le passage à ce système.

Le Comité central s'est rallié à la décision de la direction et a rejeté à l'unanimité le changement de système de primauté.

Eviter toute casse prématurée

Le président s'est demandé avant de mettre un terme à la séance s'il convenait que l'association brandisse la menace d'un référendum contre la nouvelle loi et que le Comité central prenne les dispositions requises à cet effet. Lors de la dernière séance ordinaire du Comité central, il a été exigé qu'un vote ait lieu à ce sujet.

Peter Bernasconi a tenu à rappeler qu'à son avis, il était encore trop tôt pour discuter d'un éventuel référendum. Le moment opportun se situerait entre la première lecture (juin 2013) et la seconde lecture (septembre 2013). Il a également prévenu du danger qu'entraînerait une menace prématurée de référendum pour la suite du processus sur le plan politique. Les membres du Comité central se prononcés en conséquence contre le

lancement d'un référendum à l'heure actuelle. Le Comité central reprendra ce débat après la première lecture.

Loi: les dates importantes

7. octobre 2012:

Fin de la consultation

Juin 2013:

Première lecture

Septembre 2013:

Deuxième lecture

Mars 2014:

Expiration du délai référendaire

Septembre 2014:

Votation fédérale?

Janvier 2015:

Loi entre en vigueur

Grande sondage: Les membres de l'APEB sont divisés

Quelle position l'APEB doit-elle prendre en ce qui concerne la nouvelle loi sur les caisses de pension? Le résultat du sondage réalisé au plan interne est le suivant: les membres sont divisés.

Quelle est la position des membres par rapport à la nouvelle loi sur les caisses de pension? L'association doit-elle, dans la perspective du changement de système de primauté, préparer un référendum? Après une première discussion animée au sein du Comité central, le secrétariat a lancé, le 3 mai, un vaste sondage d'opinion auprès de ses membres.

Une question d'âge

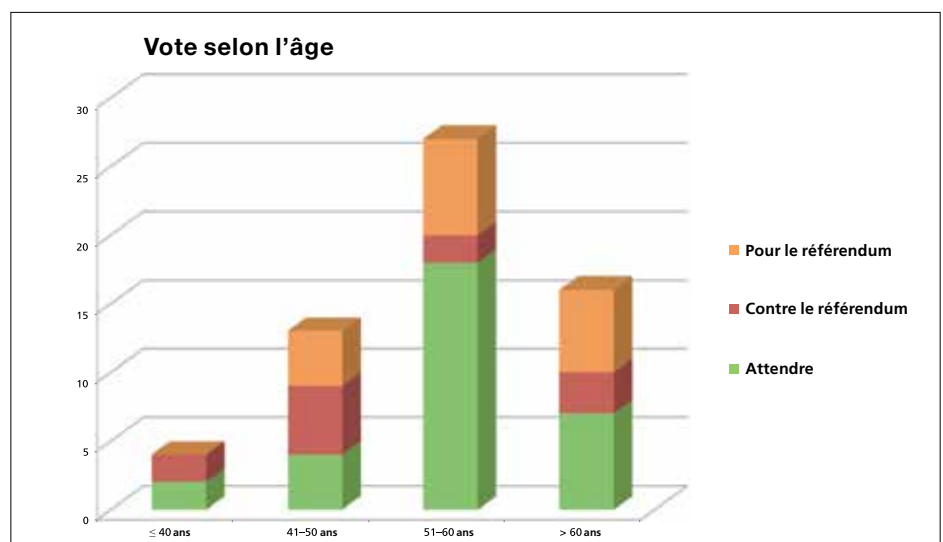
Plus de soixante membres ont pris position. Une bonne moitié d'entre eux demandent que l'association prépare le référendum contre le changement prévu de système de primauté. Moins d'un quart se prononce contre un référendum, le reste désirant encore attendre.

Ont participé au sondage les membres plus âgés, en particulier de 51 ans à 60 ans. Ceux-ci se prononcent – contrairement aux

membres plus jeunes – nettement contre un changement de système de primauté et pour un référendum.

En ce qui concerne la répartition entre les sections, aucune tendance nette ne se

dessine dans la plupart des cas. Ce n'est qu'au sein de l'association de police qu'une nette majorité approuve un référendum.



diagonal

100 ans

APEB

www.apeb.ch



Rappel

Deuxième séance du Comité central

Le Comité central de l'APEB se réunit le 19 octobre dans le cadre de la deuxième séance ordinaire 2012.

Date : le vendredi 19 octobre.

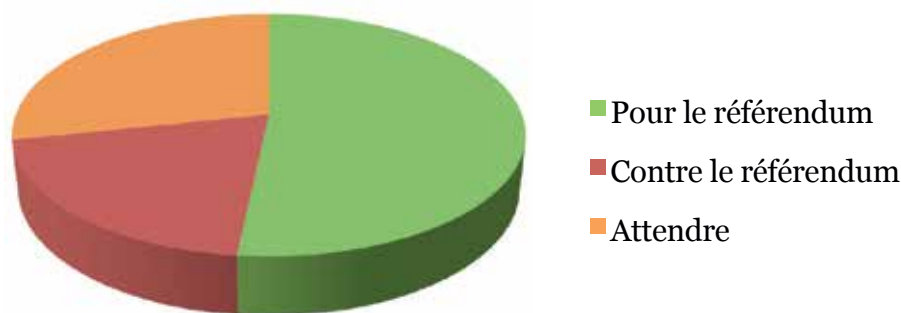
Horaire : de 09 heures à 16 heures env.

Lieu : château de Wangen a. A. (déplacement en car organisé, départ Schützenmatte à Berne).

Les membres du Comité central recevront prochainement l'invitation avec autres informations. En cas d'empêchement, communiquez votre remplaçant au secrétariat.

Editorial

L'APEB doit-elle lancer un référendum?



Loi sur les caisses de pension : les membres sont divisés.

La situation s'aggrave

Suite aux votations, le canton manque encore plus d'argent. Il devient désormais douteux que la charge pour le personnel liée à l'assainissement des caisses de pension puisse être compensée par des mesures salariales.

Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB

Avant les votations cantonales du 23 septembre, le budget pour l'année à venir comportait déjà des mesures d'économie douloureuses. Près de 70 millions de francs doivent en effet être économisés sur le dos du personnel.

Le gouvernement partait toutefois du principe, en présentant son budget 2013 et le plan financier 2014-2016, que la proposition populaire sur l'imposition des véhicules routiers serait refusée. Mais les électeurs bernois en ont décidé autrement. Il manque désormais 100 millions de francs par année au canton. Le personnel va à nouveau devoir se saigner.

Des mesures salariales fiables seraient donc urgemment nécessaires pour pouvoir atténuer la grande charge provoquée par l'assainissement des caisses de pension. L'APEB a toujours souligné qu'elle jugerait le projet de nouvelle loi sur les caisses de pension comme un paquet global dans le cadre de l'évolution générale en matière de politique du personnel. Le personnel n'a pas à subir des surcharges massives sans que celles-ci ne soient compensées au moins partiellement par des mesures salariales appropriées !